

Merseburger Correspondent.

Erscheint:

Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag früh 7 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Höchste Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Hermiträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 51.

Sonntag den 30. März.

1879.

Abonnements-Einladung.

Wir erlauben uns hiermit zum Abonnement auf das II. Quartal 1879 ergebenst einzuladen. Der „Merseburger Correspondent“ wird wie bisher fortfahren, seinen Lesern ein treues und vollständiges Bild der Tagesgeschichte in knapper, populärer Darstellung zu bieten. Seine Tendenz wird eine unentwegt liberale sein, wie sie es bisher gewesen ist. Dem unterhaltenden Theil werden wir auch in dem neuen Quartale eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Schließlich theilen wir unsern bisherigen und neuereintretenden Abonnenten mit, daß wir gleich zum Beginn des neuen Quartals die verpöblichere Serie belehrender Artikel über die am 1. October d. Js. in Kraft tretenden neuen Justizgesetze veröffentlichen werden. Dieselben werden so gemeinverständlich gehalten sein, daß Jederwenn, welchem Stande er auch angehört, mag, über die Neuerungen in der Handhabung unserer Rechtspflege vollständige Klarheit erhalten wird.

Der Abonnementspreis beträgt wie bisher pro Quartal 1 Mark bei Abholung, 1 Mark 20 Pfg. durch den Hermiträger, 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Redaction und Expedition
des „Merseburger Correspondent.“

Über den Tod des Prinzen Waldemar

Wegen noch folgende Nachrichten vor: Noch am Mittwoch Nachmittag kühlte sich der Prinz so wohl, daß er den Wunsch äußerte, mit seinem Civil-Gouverneur Dr. Delbrück die gewohnte Partie Dame zu spielen. Erst am Abend nahm der Zustand eine ungünstige Wendung an, die auch den behandelnden Aerzten Beforgniß einflößte. Die hohen Eltern verweilten deshalb die Nacht über im Krankenzimmer und begaben sich erst auf ärztlichen Rath um 3 Uhr zur Ruhe, nachdem ihnen der Prinz noch „good night“ zugerufen hatte. Der wachhabende Arzt Stabsarzt Dr. Schrader und der Leidiener des Prinzen, Werner, waren bei dem Kranken zurückgeblieben. Kurz vor 4 Uhr, als der Diener den Prinzen zu einer halbliegenden Stellung im Bette aufgerichtet hatte, trat ein Herzschlag ein und endete das jugendliche Leben. Nach der Darstellung der „Kreuzzeit.“ hatte sich Professor Dr. v. Langenbeck gegen 3 1/2 Uhr kaum entfernt, als er zurückgeholt und die kronprinzlichen Eltern gewendet werden mußten, zu spät jedoch, um dem Prinzen zu retten, oder ihn noch am Leben zu finden. Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde zunächst der Leichenbericht durch die gegenwärtig des Civil-Gouverneurs Dr. Delbrück durch der kronprinzlichen Eltern niedergelegt und dann durch Professor Vegas die Totenmaske genommen. Die gesammten Mitglieder der königlichen Familie, mit Ausnahme des Kaisers und des Prinzen Karl, fanden sich im Laufe des Vor-

mittags zur Condolenz im kronprinzlichen Palais ein. Auf dem königlichen und den prinziplichen Palais wurden sofort nach dem Bekanntwerden von dem Ableben des Prinzen die Standarten auf halben Mast als äußerliche Zeichen der Trauer aufgezogen, eben so auf einer Reihe von öffentlichen, besonders militärischen Gebäuden. Der englischen Seite gemäß wurden sofort die sämtlichen nach außen gehenden Fenster des kronprinzlichen Palais dicht verhängt. Auf Befehl des Kaisers blieben die königlichen Theater für den gestrigen Abend geschlossen; außerdem sind alle innerhalb der nächsten 14 Tage am königlichen Hofe in Aussicht genommenen Festlichkeiten abbestellt, so auch die zu heute angesagte Soirée bei der Oberhofmeisterin Gräfin Verpoegen. Auf Anordnung der Aerzte sind alle Maßregeln getroffen, daß die übrigen Kinder der kronprinzlichen Familie nicht mit dem Krügel, in welchem Prinz Waldemar seine besondere Wohnung hatte, in Berührung kommen. Die Leiche wird, wenn der Kaiser nicht anders befiehlt, heute Abend 8 Uhr mit der üblichen großen Leichencorte nach Potsdam direkt in die Friedenskirche überführt werden. Der Trauergottesdienst fand Freitag um 6 Uhr im engsten Kreise der kronprinzlichen Familie statt. Prediger Perthus aus Potsdam, unter Assistenz des kronprinzlichen Seelsorgers Stechow, Predigers an der Dorotheenstädtischen Kirche, hielt das Gebet. Kurz nach 8 Uhr verließ der Leichenzug das Palais nach der Oberwallstraße hin. Der Wagen war offen, der Sarg mit purpurnem Sammt bezogen und mit weißseidener Decke bedeckt. Sechs Lafaien folgten mit Fackeln. Die Kinder entlang bis zur Potsdamer Brückengaben die kronprinzlichen Herrschaften dem Sarge das Geleit, von dort begaben sich Höchstdieselben zur Potsdamer Bahn. Der Leichenzug entfernte sich unter Cavalleriebedeckung auf der Chaussee nach Potsdam. Die ganze Leichenseier war sehr einfach, jedoch ergreifend.

Die Woche.

Ein unerwarteter und tiefschmerzlicher Trauerfall hat die kaiserliche Familie betroffen. Prinz Waldemar, der elfjährige Sohn des Kronprinzen, ist in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag plötzlich an einem zu Diphtheritis hinzugetretenen Herzschlage gestorben. Ueber die näheren Umstände dieses Trauerfalles haben wir in der letzten Nummer bereits berichtet und auch in der heutigen finden unsere Leser eine authentische Darstellung derselben. — Der Reichstag hat die Berathung des Staats noch in der vergangenen Woche zu beendigen vermocht. Auf Seiten der Regierung wie der Volksvertretung herrscht eine wohlthuend veröhnliche Stimmung, und weder die von einigen Abgeordneten angefochtene, regierungsseitig gewünschte Erhöhung der Reichsergähler beim obersten Reichsgerichte von ursprünglich vorgeschlagenen 10,000 auf 12,000 Mk., noch die verlangten 1,830,000 Mk. für Weiterbau des unterirdischen Telegraphennetzes vermochten diese ertheuliche Stimmung auch nur vorübergehend zu trüben. Am 21. d. M. wurde der sohin etwas eintönige Gang der Staatsberathung durch die Verhandlung des Antrages Schneegans, „den Reichskanzler zu eruchen, darauf hinzuwirken, daß Clasp-Notrungen eine selbständige im Lande befindliche Regierung erhalte“, unterbro-

chen. Gelegentlich der Verhandlung dieses Antrages hielt Fürst Bismarck eine längere Rede, in welcher er ausführte, daß und in wie weit er bereit sei, dem Antrage entgegen zu kommen. Verspach der Reichskanzler in richtiger Würdigung der politischen Stimmung in den Reichslanden auch noch nicht alles, was die reichsländischen Autonomisten verlangen, so gab er doch seine Bereitwilligkeit zu erkennen, dem Lande das volle Maß von Selbstständigkeit schon jetzt zu gewähren, welches mit der politischen Sicherheit und Ruhe desselben vereinbar erscheint. Insbesondere einen im Lande residirenden Statthalter, der mit obersten Verwaltungsbeamten von Ministerrang umgeben wäre, und eine wenigstens unterrichtende Vertretung beim Bundesrath. Für den Statthalterposten soll der geeignete Mann in der Person des Feldmarschalls v. Manneuffel schon gefunden sein. Inzwischen arbeitet der Bundesrath an der Fertigstellung der Zoll- und Steuervorlagen unausgesetzt weiter, so daß man annehmen darf, daß dieselben dem Reichstage nach dessen Osterferien sofort als eine große Bescheidung zugehen werden.

In **Oesterreich-Ungarn** hat die hohe politische Feiertage. Alle Blätter beschäftigen sich lebhaft mit dem hegediner Unglück und es ist im hohen Grade erfreulich, daß die aus allen Ländern, namentlich aber aus Deutschland, eingehenden Unterstützungen die Wirkung zu haben scheinen, daß die Ungarn von ihrem ungerathfertigen Mißtrauen gegen Deutschland und das deutsche Element zurückkommen. Die Sprache der ungarischen Blätter ist eine geradezu deutschfreundliche geworden, ein Vorgang, von dem wir mit lebhafter Befriedigung Kenntniß nehmen.

Der **schweizerische** Nationalrath hat mit 65 gegen 62 Stimmen beschlossen, auf die Revision der Bundesverfassung und Wiedereinführung der Todesstrafe nicht einzugehen. Da der Ständerath schwerlich von seinem Beschlusse, die Wiedereinführung der Todesstrafe beim Volk zur Abstimmung bringen zu lassen, zurücktreten wird, muß nunmehr die Frage zur allgemeinen Volksabstimmung gebracht werden, ob eine Revision der Verfassung gewollt werde oder nicht. Bejaht das Volk diese Frage, so werden zunächst Nationalrath und Ständerath neugewählt und dann erst kann zur verfassungsmäßigen Behandlung der Frage wegen Wiedereinführung der Todesstrafe geschritten werden.

Die Königin von **England** hat unter strengstem Incoognito und mit Verzicht auf alle öffentlichen Begrüßungen ihre lange beabsichtigte Reise nach Italien angetreten. Während dessen ist das Cabinet Beaconsfield gegen einen allgemeinen Sturm auf der Opposition im Oberhause mit 156 gegen 61 Stimmen Sieger geblieben, was als eine gute Vorbedeutung für einen ähnlichen Sieg im Unterhause aufgefaßt wird. Ein Zugeständniß ist freilich der Opposition gemacht worden: von den beiden höchsten Beamten am Cap, die beide ihre Entlassung erbeten haben, soll Lord Gchelmsford durch einen Offizier höheren Ranges ersetzt werden, während der Generalgouverneur Sir Bartle Frere einen Tadel dafür erhielt, daß er auf eigenverantwortlichkeit hin ein Ultimatum an den kassernsönig Gelewayo entsandt habe. Aus Afghanistan kommt die wichtige Nachricht, daß die Verhandlungen mit Jacob Khan als völlig gescheitert zu

betrachten sind und der Vormarsch der Engländer auf Kabul zu gewärtigen ist. Angesichts der in Folge dessen drohenden Verwicklungen ist schon der allzusehr zu verhältnismäßiger Bedeutung gelangte Rassenkrieg den Engländern recht un bequem und sie zögern offenbar, sich in Birma noch einen dritten Colonialkrieg aufzubürden. Ein Ultimatum ist bisher an den König von Birma nicht abgegangen, aber die Engländer verbreiten geflüstert die Nachricht, daß er selbst auf Angriff sinne, und werden bei besserer Gelegenheit gewiß nicht verfehlen, für die letzten Unbilden Genugthuung zu fordern.

Der **französische** Kulturkampf ist in vollem Gange. Die Erzbischöfe von Tours, Angers, Le Mans, Luçon und Angoulême haben gegen die Gelegenheitswörter Ferry's eine Petition an die Kammer abgeleitet und förmlich erklärt, daß die Katholiken den Kulturkampf ohne Furcht und Zagen aufnehmen würden. Der Brodforb dürfte den Herren vom Krummstabe jedoch bald höher gehängt werden. Die Regierung ist ernstlich gewillt, jede ungelegte Opposition der Bischöfe nötigenfalls mit aller Strenge der Gesetze zurückzuweisen. Ein Beweis für ihre Entschiedenheit liegt bereits in einem im „Journal officiel“ veröffentlichten Warnungsbriefe des Cultusministers gegen den herausfordernden Hirtenbrief des Bischofs von Grenoble vor. — Die Chancen für die Rückverlegung der Kammern nach Paris liegen im Senat ungünstig. Die Wahl der betreffenden Commission hat stattgefunden und soll 7 Gegner und nur 2 Freunde ergeben haben. Die Regierung hält ihren Standpunkt fest und hat erklärt, daß sie den Gesetzentwurf acceptire, die Rückkehr der Kammern nach Paris als gefährlos betrachte und bereit sei, die Bedingungen der Rückkehr zu discutieren und dabei alle wünschenswerthen Garantien zu geben.

Das Treiben der **russischen** Nihilisten nimmt eine immer verheerendere Ausdehnung an. Vor Kurzem haben sie in Moskau einen Mord an einem unbekannt gebliebenen Manne, einem „Verächter“, verübt und am 25. d. M. ist am helllichten Tage auf einer Petersburger Straße ein Mordanschlag auf den Chef der 3. Abtheilung, General v. Dretnien verübt worden. Glücklicher Weise hat die Kugel ihr Ziel verfehlt, aber der Thäter ist auch dieses Mal entkommen. Der Vorgänger Dretnien's General Mesenzew, wurde von Nihilisten ermordet, dessen Vorgänger, General Trepow, durch die bekannte Wera Cassilisch schwer verwundet. Endlich ist dieser Tage in Dnestra ein 17-jähriger Gymnasiast ermordet worden, weil er sich weigerte, einem unter seinen Mitschülern gebildeten nihilistischen Verein beizutreten. In Petersburg ist eine Druckerei der Nihilisten aufgefunden und dort sowohl wie in Moskau sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. General Teitelien ist, aus Barna kommend, in Dnestra eingetroffen. Infolge einer Meldung des deutschen Arztes Dr. Sommerbrodt ist in Weiskanka ein neuer Pestfall vorgekommen.

In der **Türkei** mehren sich die Anzeichen bedrohlichen Charakters. Die türkischen Behörden sind, wie sich jetzt bestätigt, einer weitverbreiteten Verschwörung der Albanesen gegen die Autorität des Sultans auf die Spur gekommen und dem Ausbruch durch die Verhaftung zahlreicher Notablen vorgekommen. — Der Sultan selbst läßt aus den überflüssigen Gold- und Silbergegenständen in den kaiserlichen Palästen Geld zum Ankauf von Kamees prägen, wahrscheinlich zur Befolgung seiner Truppen.

Je näher den Russen der Zeitpunkt herannäht, in welchem sie **Strumelien** zu verlassen haben, desto eifriger suchen sie es auf irgend eine Weise möglich zu machen, daß der Vertrag von Berlin unter Zustimmung der Großmächte darin einer Aenderung unterzogen werde, daß den türkischen Truppen bei Ausbruch von Unruhen der Einmarsch in die Provinz verweigert werde. Der neueste Vorschlag besteht in einer gemischten Belegung, und es mag wohl manche Mächte geben, welche einem solchen Plane nicht abgeneigt sind, da sich leicht Gelegenheit bieten würde, um Trüben zu schießen. Andere Mächte hingegen zeigen gar keine Lust, sich wegen der Ausschreitungen der rumelischen Bulgaren in Unfosien zu stürzen, und meinen, daß die

Sperte stark genug sein werde, etwaige Unruhen zu unterdrücken. Es ist somit heute noch nicht abzusehen, ob der russische Vorschlag zur Annahme gelangen wird. Die Verhandlungen zwischen der Pforte und Griechenlands sind abgebrochen und die beiderseitigen Commissare haben Brevets verlassen. Griechenland hat die Vermittelung der Mächte angerufen und zwischen diesen finden gegenwärtig vertrauliche Verhandlungen statt.

Das **ägyptische** Ministerium ist endgültig gebildet. Danach übernimmt der Erbprinz den Vorsitz, Niaz das Innere und zeitweilig die Rechtsprechung, Jusuf das Auswärtige und Essamum den Krieg. Die übrigen Ministerien verbleiben ihren bisherigen Inhabern.

Deutschland.

— (Das Standbild des Fürsten Bismarck) auf dem Augustinerplatz in Köln wird am 1. des kommenden Monats, als am Geburtstage des Reichskanzlers, der Stadt übergeben werden. Am Nachmittag findet aus diesem Anlasse ein Festmahl statt.

— (Zum Frieden mit Rom.) Offiziös wird zwar in Abrede gestellt, daß Fürst Bismarck einen staatsstreuen Geistlichen mit der Ausarbeitung einer Denkschrift über die streitigen Punkte in dem Conflict mit der Curie beauftragt habe, sie fagen aber kein Wort darüber, wo es mit dem directen Verhandlungen zwischen Rom und der deutschen Regierung steht, und doch ist, wie auch von uns erwähnt, gerade in den letzten Tagen wiederholt behauptet worden, daß diese Verhandlungen auf Neu in lebhaften Fluß gekommen seien. Da dies nicht widerlegt worden, so muß man allerdings schließen, daß es mit dieser Nachricht seine Richtigkeit hat. Die „Nat.-Ab.-Corresp.“ weist denn auch auf eine Voraussage hin, die sie vor einiger Zeit gemacht, daß nämlich eine wirkliche Bereitwilligkeit der Curie zu einer für unsere Regierung acceptablen Verhändigung erst eintreten werde, wenn die Ausichten auf die Verhütung des „Kulturkampfes“ in Frankreich geschwunden seien.

— (Der neue amerikanische Gesandte.) Der vacante Posten des amerikanischen Gesandten in Berlin ist schneller als man es erwartete wieder besetzt worden. Der Director der Cornell-Universität in Ithaca, im Staate Newyork, Professor Andrew White, ist als Nachfolger Bayard Taylor's designirt worden. Getreu der Tradition, die Vereinigten Staaten in Berlin durch einen Gelehrten zu belegen, hat Präsident Hayes auch diesmal einen Mann der Wissenschaft ernannt. Professor White steht im kräftigsten Mannesalter. Er ist Historiker, hat Europa viel bereist, zuletzt im vergangenen Jahre, und spricht französisch flüßig, während er das Deutsche bis jetzt nur unvollkommen bemäistert hat. Die Cornell-Universität ist eine jener höheren Lehranstalten, in welchen die Studierenden gleichzeitig auch zur Verrichtung körperlicher Arbeiten und zur Erlernung eines Handwerks angehalten werden.

— (Wilhelmspende.) Die Mittheilungen über die Kaiser-Wilhelmspende sind durch Folgendes noch zu ergänzen. Die Stiftung steht unter dem Protectorat des Kronprinzen. Als spezieller Zweck ist angegeben, den geringer bemittelten Klassen des deutschen Volkes, namentlich dem Arbeiterstande Gelegenheit zu geben, für die Zeit des Alters Renten und Kapital zu versichern, ferner soll die Anstalt auch anderen genossenschaftlichen Altersvorsorgeanstalten für einzelne Berufskreise durch Beschaffung der notwendigen Rechnungsgrundlage und durch Beirath bei der Einrichtung unterstützen. Mitglied kann nur werden, wer zu den unbemittelten Klassen gehört und im deutschen Reiche wohnt. Zu Gunsten eines Aufnahmefähigen kann jeder Andere eine Rente oder ein Kapital versichern. Der Betrag der Spende bildet den Garantiefonds der Anstalt, die Zinsen dienen zunächst zur Bestreitung der Verwaltungskosten, die staatliche Oberaufsicht wird dem preussischen Minister des Innern übertragen. Die Organe der Anstalt sind die Direction und der Aufsichtsrath. Die Direction besteht aus einem Director, der vom Aufsichtsrath angestellt worden. Dem letzteren ist vorbehalten, einen zweiten und dritten Director, einstellend aber einen Subdirector anzustellen. Der Aufsichtsrath besteht aus

einem vom Kronprinzen ernannten Präses und 10 Mitgliedern, von denen Preußen 2, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Weimar und Oldenburg je eines ernennen.

Parlamentarische Nachrichten.

Reichstag. Freitagssitzung. Die Generaldiscussion des Etats in der heutigen dritten Lesung desselben begann der Abg. Bamberger mit einer Rede, die den Etat selbst überhaupt nicht berührte, sondern ganz und gar den Dingen, die da kommen sollen, den Arbeiten, welche dem Parlament nach den Ferien bevorstehen, d. h. dem Steuer- und namentlich dem Zollprogramm des Kanzlers, gewidmet war. Was die Steuern und Finanzzölle anlangte, so gab er zu, daß diese Fragen dem Reichstag nicht überbracht hätten, daß ihre Lösung seit Jahren der Regierung wie der Volksvertretung als Aufgabe vorgeschwebt habe, und daß eine Reform in dieser Beziehung nötig sei; das Zollprogramm dagegen habe sich als eine vollkommene Ueberraschung der Nation und dem Reichstage präsentirt, und über die wichtigsten Dinge werde nun in einer Schnelligkeit beschlossen, wofür die Verantwortlichkeit später schwer zu tragen sein werde. Diese schwere Verantwortlichkeit möge der Reichskanzler, auf dem sie in aller erster Reihe laste — denn ohne ihn wäre kein Mensch in Deutschland auf den Gedanken gekommen, derartige Schutzsollforderungen zu stellen — bedenken und auch auf die gegnerischen Stimmen, die sich im Lande über seine Projekte erhoben, wohl achten. Der Minister Hofmann erwiderte, daß eine Debatte über die Zollfragen unnütz sei, so lange nicht bestimmte Vorlagen dem Hause unterbreitet seien, daher habe die Regierung zu diesen Debatten nicht geschwiegen, heute wolle er nur erklären, daß die Schnelligkeit der Vorarbeiten, über die sich Herr Bamberger beklagt habe, ihren Grund habe in dem Wunsche, die auf allen Gebereiszeugen laienhafte Ungewißheit und deren schädliche Folgen so bald als möglich zu heben. Dabei bestätigte dann der Minister, daß die Arbeit der Tarifcommission sofort an das Plenum des Bundesraths zur Beschlußfassung — nicht erst an die betreffenden Ausschüsse — gelangen würde. Abg. Hänel interpellirte den Marineminister v. Stosch über den „Großen Kurfürst“, v. Stosch verweist auf seine früheren Äußerungen. Interessant wurde die Sitzung gegen den Schluss, als beim Post- und Telegraphenat Abg. Liebnecht die Tribüne bestieg und gegen die Fortbewahrung die heftigsten Angriffe gegen angeblich vorgekommener Verletzung des Briefgeheimnisses richtete. Die Antwort des Generalpostmeisters stand am Heftigkeit hinter der Anklage des Vordieners nicht zurück, und als er so weit ging, dem Abg. Liebnecht den Grundsatz des „caulunnare audacter“ unterzujstellen, blieb dem Chef des Postports ein, wenn auch nur in beängiger Form ausgesprochene Klage von Seiten des Vicepräsidenten v. Stauffenberg nicht eripart. Es handelte sich dabei besonders um eine Verfügung des Generalpostmeisters nach welcher die Postbeamten beauftragt sind, Sendungen von verbotenen sozialistischen Schriften unter Umständen, auch wenn diese Sendungen unter Couvert erfolgen, aufzuhalten und zu öffnen. Herr Stephan hatte in der Behauptung seiner Position keinen leichten Stand. Lasker, Windthorst und Hänel verlangten die strikteste Wahrung des Briefgeheimnisses und richteten an den Generalpostmeister die Aufforderung, die zahlreichen, vom Abg. Liebnecht angeführten Fälle zu untersuchen und eine Erklärung abzugeben, welche die Beamten von jeder Verletzung des Briefgeheimnisses abzuhalten geeignet sei. Das Herr Stephan verlangte mit der bräutlichen Bemerkung abzuweisen, er könne nicht auf Grund von Behauptungen einzelner Abgeordneter Unternehmungen vornehmen, was nicht allzu geschickt, wenigstens diese Abfertigung den Beifall der Rechten fand. Der Etat wurde dann zu Ende geführt.

Wohnnachricht. Der Abg. v. Stosch hat in der heutigen Sitzung des Reichstages eine Erklärung abgegeben, in welcher er sich über die von ihm im Reichstagsdrucken veröffentlichte Broschüre „Die deutsche Post“ äußert. Er erklärt, daß er diese Broschüre nicht als eine politische Schrift, sondern als eine wissenschaftliche Schrift veröffentlicht hat, und daß er sich für die von ihm in derselben enthaltenen Angaben verantwortlich fühlt.

Der Abg. v. Stosch hat in der heutigen Sitzung des Reichstages eine Erklärung abgegeben, in welcher er sich über die von ihm im Reichstagsdrucken veröffentlichte Broschüre „Die deutsche Post“ äußert. Er erklärt, daß er diese Broschüre nicht als eine politische Schrift, sondern als eine wissenschaftliche Schrift veröffentlicht hat, und daß er sich für die von ihm in derselben enthaltenen Angaben verantwortlich fühlt.

Der Abg. v. Stosch hat in der heutigen Sitzung des Reichstages eine Erklärung abgegeben, in welcher er sich über die von ihm im Reichstagsdrucken veröffentlichte Broschüre „Die deutsche Post“ äußert. Er erklärt, daß er diese Broschüre nicht als eine politische Schrift, sondern als eine wissenschaftliche Schrift veröffentlicht hat, und daß er sich für die von ihm in derselben enthaltenen Angaben verantwortlich fühlt.

Der Abg. v. Stosch hat in der heutigen Sitzung des Reichstages eine Erklärung abgegeben, in welcher er sich über die von ihm im Reichstagsdrucken veröffentlichte Broschüre „Die deutsche Post“ äußert. Er erklärt, daß er diese Broschüre nicht als eine politische Schrift, sondern als eine wissenschaftliche Schrift veröffentlicht hat, und daß er sich für die von ihm in derselben enthaltenen Angaben verantwortlich fühlt.

Der Abg. v. Stosch hat in der heutigen Sitzung des Reichstages eine Erklärung abgegeben, in welcher er sich über die von ihm im Reichstagsdrucken veröffentlichte Broschüre „Die deutsche Post“ äußert. Er erklärt, daß er diese Broschüre nicht als eine politische Schrift, sondern als eine wissenschaftliche Schrift veröffentlicht hat, und daß er sich für die von ihm in derselben enthaltenen Angaben verantwortlich fühlt.

Der Abg. v. Stosch hat in der heutigen Sitzung des Reichstages eine Erklärung abgegeben, in welcher er sich über die von ihm im Reichstagsdrucken veröffentlichte Broschüre „Die deutsche Post“ äußert. Er erklärt, daß er diese Broschüre nicht als eine politische Schrift, sondern als eine wissenschaftliche Schrift veröffentlicht hat, und daß er sich für die von ihm in derselben enthaltenen Angaben verantwortlich fühlt.

Der Abg. v. Stosch hat in der heutigen Sitzung des Reichstages eine Erklärung abgegeben, in welcher er sich über die von ihm im Reichstagsdrucken veröffentlichte Broschüre „Die deutsche Post“ äußert. Er erklärt, daß er diese Broschüre nicht als eine politische Schrift, sondern als eine wissenschaftliche Schrift veröffentlicht hat, und daß er sich für die von ihm in derselben enthaltenen Angaben verantwortlich fühlt.

Der Abg. v. Stosch hat in der heutigen Sitzung des Reichstages eine Erklärung abgegeben, in welcher er sich über die von ihm im Reichstagsdrucken veröffentlichte Broschüre „Die deutsche Post“ äußert. Er erklärt, daß er diese Broschüre nicht als eine politische Schrift, sondern als eine wissenschaftliche Schrift veröffentlicht hat, und daß er sich für die von ihm in derselben enthaltenen Angaben verantwortlich fühlt.

Merseburger Correspondent.

Erscheint:

Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag früh 7 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Höchentliche Beilage:

Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Hermiträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 51.

Sonntag den 30. März.

1879.

Abonnements-Einladung.

Wir erlauben uns hiernit zum Abonnement auf das II. Quartal 1879 ergebenst einzuladen. Der „Merseburger Correspondent“ wird wie bisher fortfahren, seinen Lesern ein treues und vollständiges Bild der Tagesgeschichte in knapper, populärer Darstellung zu bieten. Seine Tendenz wird eine unentwegt liberale sein, wie sie es bisher gewesen ist. Dem unterhaltenden Theil werden wir auch in dem neuen Quartale eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Schließlich theilen wir unsern bisherigen und neuereintretenden Abonnenten mit, daß wir gleich zum Beginn des neuen Quartals die veripropone Serie belehrender Artikel über die am 1. October d. Js. in Kraft tretenden neuen Justizgesetze veröffentlichen werden. Dieselben werden so gemeinverständlich gehalten sein, daß Jedermann, welchem Stande er auch angehört mag, über die Neuerungen in der Handhabung unserer Rechtspflege vollständige Klarheit erhalten wird.

Der Abonnementspreis beträgt wie bisher pro Quartal 1 Mark bei Abholung, 1 Mark 20 Pfg. durch den Hermiträger, 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Redaction und Expedition
des „Merseburger Correspondent.“

Über den Tod des Prinzen Waldemar

Wegen noch folgende Nachrichten vor: Noch am Mittwoch Nachmittag fühlte sich der Prinz so wohl, daß er den Wunsch äußerte, mit seinem Civil-Gouverneur Dr. Delbrück die gewohnte Partie Dame zu spielen. Erst am Abend nahm der Zustand eine ungünstige Wendung an, die auch den behandelnden Aerzten Besorgniß einflößte. Die hohen Eltern verweilten deshalb die Nacht über im Krankenzimmer und begaben sich erst auf ärztlichen Aufbruch um 3 Uhr zur Ruhe, nachdem ihnen der Prinz noch „good night“ zugerufen hatte. Der wachhabende Arzt Stabsarzt Dr. Schrader und der Leidiener des Prinzen, Werner, waren bei dem Kranken zurückgeblieben. Kurz vor 4 Uhr, als der Diener den Prinzen zu einer halbgehenden Stellung im Bette aufgerichtet hatte, trat ihm Herzschock ein und endete das jugendliche Leben. Nach der Darstellung der „Kreuzzeitg.“ hatte sich Professor Dr. v. Langenbeck gegen 3 1/2 Uhr kaum entfernt, als er zurückgeholt und die kronprinzlichen Eltern gewedt werden mußten, zu spät jedoch, um den Prinzen zu retten, oder ihn noch am Leben zu finden. Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde zunächst der Leichenbericht durch die Aerzte Gegenwart des Civil-Gouverneurs Dr. Delbrück und der kronprinzlichen Eltern niedergelegt und dann durch Professor Vegas die Tobennäse genommen. Die gesammten Mitglieder der königlichen Familie, mit Ausnahme eines selbständigen Prinzen Karl, fanden sich im Laufe des Vor-

mittags zur Condolenz im kronprinzlichen Palais ein. Auf dem königlichen und den prinziplichen Palais wurden sofort nach dem Bekanntwerden von dem Ableben des Prinzen die Standarten auf halben Mast als äußerliche Zeichen der Trauer aufgezogen, eben so auf einer Reihe von öffentlichen, besonders militärischen Gebäuden. Der englischen Seite gemäß wurden sofort die sämmtlichen nach außen gehenden Fenster des kronprinzlichen Palais dicht verhängt. Auf Befehl des Kaisers blieben die königlichen Theater für den gestrigen Abend geschlossen; außerdem sind alle innerhalb der nächsten 14 Tage am königlichen Hofe in Aussicht genommenen Festlichkeiten abbestellt, so auch die zu heute angesagte Soirée bei der Oberhofmeisterin Gräfin Verpocher. Auf Anordnung der Aerzte sind alle Maßregeln getroffen, daß die übrigen Kinder der kronprinzlichen Familie nicht mit dem Krügel, in welchem Prinz Waldemar seine besondere Wohnung hatte, in Berührung kommen. Die Leiche wird, wenn der Kaiser nicht anders befiehlt, heute Abend 8 Uhr mit der üblichen großen Reichens-escorte nach Potsdam direkt in die Friedenskirche überführt werden. Der Trauergottesdienst fand Freitag um 6 Uhr im engsten Kreise der kronprinzlichen Familie statt. Prediger Verfus aus Potsdam, unter Assistenz des kronprinzlichen Seelsorgers Stechow, Predigers an der Dorotheenstädtischen Kirche, hielt das Gebet. Kurz nach 8 Uhr verließ der Leichenwagen das Palais nach der Oberwallstraße hin. Der Wagen war offen, der Sarg mit purpurnem Sammt bezogen und mit weißseidener Decke bedeckt. Sechs Lafaien folgten mit Fackeln. Die Vorhut umfing bis zur Potsdamer Brücke gab.



mit dem Prinzen etwas eintönige Gang der Staatsberatung durch die Verhandlung des Antrages Schneegas, den Reichskanzler zu eruchen, darauf hinzuwirken, daß Otaf-Notringer eine selbständige im Lande befindliche Regierung erhalte“, unterbro-

chen. Gelegentlich der Verhandlung dieses Antrages hielt Fürst Bismarck eine längere Rede, in welcher er ausführte, daß und in wie weit er bereit sei, dem Antrage entgegen zu kommen. Verspruch der Reichskanzler in richtiger Würdigung der politischen Stimmung in den Reichslanden auch noch nicht alles, was die reichsständischen Autonomisten verlangen, so gab er doch seine Bereitwilligkeit zu erkennen, dem Lande das volle Maß von Selbstständigkeit schon jetzt zu gewähren, welches mit der politischen Sicherheit und Ruhe desselben vereinbar erscheint. Insbesondere einen im Lande residirenden Statthalter, der mit obersten Verwaltungsbeamten von Ministerrang umgeben wäre, und eine wenigstens unterrichtende Vertretung beim Bundesrath. Für den Statthalterposten soll der geeignete Mann in der Person des Feldmarschalls v. Manneuffel schon gefunden sein. Inzwischen arbeitet der Bundesrath an der Fertigstellung der Zoll- und Steuervorlagen unausgesetzt weiter, so daß man annehmen darf, daß dieselben dem Reichstage nach dessen Osterferien sofort als Eine große Besprechung zugehen werden.

In **Oesterreich-Ungarn** hat die hohe politische Feiertage. Alle Blätter beschäftigen sich lebhaft mit dem hegediner Unglück und es ist im hohen Grade erfreulich, daß die aus allen Ländern, namentlich aber aus Deutschland, eingehenden Unterstützungen die Wirkung zu haben scheinen, daß die Ungarn von ihrem ungedrehtigen Mißtrauen gegen Deutschland und das deutsche Element zurückkommen. Die Sprache der ungarischen Blätter ist eine geradezu deutschfreundliche geworden, ein Vorgang, von dem wir mit lebhafter Befriedigung Kenntniß nehmen.

Der **schweizerische** Nationalrath hat mit 65 gegen 62 Stimmen beschlossen, auf die Revision der Bundesverfassung und Wiedereinführung der Todesstrafe nicht einzugehen. Da der Ständerath schwerlich von seinem Beschlusse, die Wiedereinführung der Todesstrafe beim Volk zur Abstimmung bringen zu lassen, zurücktreten wird, muß nunmehr die Frage zur allgemeinen Volksabstimmung gebracht werden, ob eine Revision der Verfassung gewollt werde oder nicht. Bejaht das Volk diese Frage, so werden zunächst Nationalrath und Ständerath neugewählt und dann erst kann zur verfassungsmäßigen Behandlung der Frage wegen Wiedereinführung der Todesstrafe geschritten werden.

Die Königin von **England** hat unter strengstem Incognito und mit Verzicht auf alle öffentlichen Begrüßungen ihre lange beabsichtigte Reise nach Italien angetreten. Während dessen ist das Cabinet Beaconsfield gegen einen allgemeinen Sturmlauf der Opposition im Oberhause mit 156 gegen 61 Stimmen Sieger geblieben, was als eine gute Vorbedeutung für einen ähnlichen Sieg im Unterhause aufgefaßt wird. Ein Zugeständniß ist freilich der Opposition gemacht worden: von den beiden höchsten Beamten am Cap, die beide ihre Entlassung erbeten haben, soll Lord Chelmsford durch einen Offizier höheren Ranges ersetzt werden, während der Generalgouverneur Sir Bartle Frere einen Tadel dafür erhielt, daß er auf eigene Verantwortlichkeit hin ein Ultimatum an den kassernsönig Gelewayo entsandt habe. Aus Afghanistan kommt die wichtige Nachricht, daß die Verhandlungen mit Jacob Khan als völlig gescheitert zu